

dig zu stärken, weil die Aufgaben der Staatsmacht beim Aufbau des Sozialismus und im Sozialismus selbst gesetzmäßig anwachsen.

Anfang der fünfziger Jahre standen folgende **Aufgaben für die sozialistische Staatsmacht:**

1. Die gesellschaftliche Entwicklung noch bewußter und planmäßiger zu leiten;
2. dauerhafte freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten zu sichern;
3. das sozialistische Eigentum möglichst rasch zu mehren und die sozialistischen Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft zum Siege zu führen;
4. die Arbeiter-und-Bauern-Macht gegen äußere und innere Feinde sicher zu schützen;
5. normale völkerrechtliche Beziehungen mit allen Ländern zu unterhalten, die die Souveränität und Unabhängigkeit der DDR achten.

Die entscheidende Voraussetzung für die Lösung dieser neuen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus war, daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen noch mehr an der Leitung und Verwaltung des Staates teilnahmen. Die alte Gliederung der Verwaltung nach Länderregierungen und Landratsämtern genügte diesen Anforderungen nicht mehr. Sie war zu groß und berücksichtigte nicht die neuen Bedingungen der sozialistischen Entwicklung. Eine neue administrative und territoriale Gliederung der Staats-

4.1.4. Die Festigung der sozialistischen Staatsmacht in der DDR

● *Begründen Sie: Die entscheidende Voraussetzung und Bedingung für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ist die politische Macht der Arbeiterklasse!*

In der DDR hatte sich die politische Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, im Verlaufe des einheitlichen revolutionären Prozesses in Form der **Arbeiter-und-Bauern-Macht** herausgebildet.

Das Hauptinstrument, mit dem die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Klassen und Schichten die politische Macht ausüben, ist der **sozialistische Staat**. Dieses Hauptinstrument galt es, im revolutionären Umwälzungsprozeß stän-

Aus der Begründung des Gesetzes zur Verwaltungsreform

„Der neue sozialistische Staat der Deutschen Demokratischen Republik wird . . . nur dann eine unüberwindliche Kraft darstellen, wenn er dem werktätigen Volk nahesteht, wenn er die Werktätigen in die Politik einbezieht und das Volk zur ständigen, systematischen, aktiven und entscheidenden Teilnahme an der Leitung des Staates heranzieht . . . Die örtlichen Organe der Staatsgewalt müssen deshalb so reorganisiert werden, daß der Staatsapparat die Möglichkeit erhält, den Willen der Werktätigen, der in den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck gebracht ist, unverbrüchlich zu erfüllen und, gestützt auf die Initiative der Massen, eine Politik des werktätigen Volkes durchzuführen.“³

³ Zitiert nach: St. Doernberg: Kurze Geschichte der DDR. Berlin 1964, S. 204.

organe wurde notwendig. Deshalb beschloß die Volkskammer der DDR auf Vorschlag der SED am 23. Juli 1952, eine **Verwaltungsreform** durchzuführen.

An Stelle der bisher bestehenden fünf Landtage und Länderregierungen wurden 15 Bezirkstage (einschließlich Berlin) und Räte der Bezirke geschaffen. Die Anzahl der Kreise wurde von 132 auf 217 erhöht. Dabei wurde darauf geachtet, daß die Bezirke und Kreise soweit als möglich einheitliche Wirtschaftsgebiete darstellten. Das half gleichzeitig, zahlreiche Hemmnisse zu beseitigen, die sich aus der alten territorialen Struktur für die Entwicklung der Wirtschaft ergeben hatten.

Die Bildung der Bezirke und die Verkleinerung der Kreise gestatteten es, die staatlichen Leitungen eng mit der Bevölkerung und den Schwerpunkten des sozialistischen Aufbaus zu verbinden. Der Einfluß der Arbeiterklasse in den staatlichen Organen wurde wesentlich erhöht. Bereits kurze Zeit nach der Durchführung dieser Maßnahmen leisteten etwa 300 000 Werktätige auch ehrenamtlich gesellschaftliche Arbeit. Ihre Anzahl erhöhte sich bis Anfang 1957 auf etwa eine Million.

Durch diese Verwaltungsreform wurden die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus fest verankert. Dem diente neben anderen Ge-



Die territoriale Gliederung der DDR (1952)

setzen vor allem das ebenfalls 1952 von der Volkskammer beschlossene „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums“. Mit diesem Gesetz wurde das sozialistische Eigentum als die ökonomische Grundlage der Arbeiter-und-Bauern-Macht vor jedweden Angriffen staatlich geschützt.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre trat der Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in seine entscheidende Etappe. Die zunehmende Masseninitiative erhöhte insbesondere die **Rolle der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte**. Daher beschloß die Volkskammer im Januar 1957 zwei von der SED-Fraktion vorgeschlagene Gesetze über die Rechte und Pflichten der Volkskammer und über die örtlichen Organe der Staatsmacht in der DDR.

Diese Gesetze waren vor ihrer Verabschiedung durch die Volkskammer von über 4,5 Millionen Bürgern in Versammlungen der Nationalen Front diskutiert worden. Mehr als 10 000 Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Organe waren dabei eingereicht worden. Die örtlichen Volksvertretungen erhielten nun die volle Verantwortung für den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufbau in ihrem Territorium auf der Grundlage der Gesetze der Republik. Ausdrücklich wurden die Räte verpflichtet, eng mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten und deren Erfahrungen, Anregungen und Kritiken für die Verbesserung ihrer Arbeit auszuwerten.

Entsprechend der wachsenden Rolle der örtlichen Volksvertretungen wurden in den folgenden Jahren immer breitere Kreise der Bevölkerung zur Leitung staatlicher Angelegenheiten befähigt. So wurden bei den **Kommunalwahlen 1957** insgesamt etwa 200 000 Abgeordnete der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen gewählt. Das waren 65 000 mehr als bisher. Darüber hinaus wurden erstmalig **Nachfolgekandidaten** gewählt. Abgeordnete, die das Vertrauen ihrer Wähler nicht rechtfertigten und ihre Aufgaben vernachlässigten, konnten abberufen und durch Nachfolgekandidaten ersetzt werden.

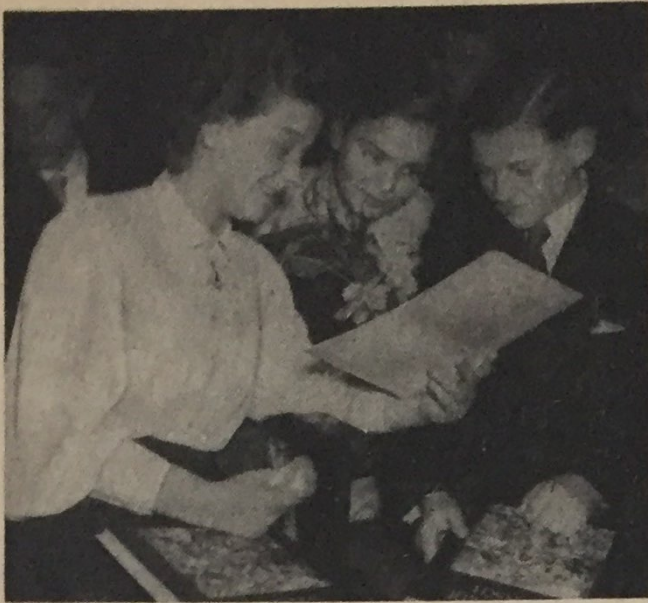
Durch Einbeziehung weiterer Hunderttausender Werktätiger in die Lösung staatlicher Aufgaben wurde bis zu Beginn der sechziger Jahre eine höhere Stufe der sozialistischen Demokratie erreicht. Unter der Losung „**Plane mit, arbeite**



Am 7. September 1960 stirbt der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck. Die engsten Kampfgefährten geben ihm das Ehrengleit

mit, regiere mit!“ wurde die Lösung der zentralen staatlichen Aufgaben immer enger mit der Masseninitiative der Werktätigen verbunden. Die Weiterentwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht fand ihren Ausdruck auch in dem Beschluß der Volkskammer zur **Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik**. Am 7. September 1960 war der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, gestorben. Zum Vorsitzenden des Staatsrates wählte die Volkskammer am 12. September 1960 den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht. Die Bildung des Staatsrates war darauf gerichtet, die Kollektivität der staatlichen Leitung weiterzuentwickeln und ihre Einheit zu festigen.

In den fünfziger Jahren wurde auch damit begonnen, die **sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur** zu vollziehen. Es kam darauf an, daß die Arbeiterklasse auch bei der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur ihre führende Rolle verwirklichte und die Weltanschauung und Moral der Arbeiterklasse in allen Bereichen durchgesetzt wurde.



Im März 1955 finden die ersten Jugendweihen großen Ausmaßes in der DDR statt. Damit wird eine Tradition der Arbeiterbewegung mit neuem Leben erfüllt

Deshalb orientierte die Partei der Arbeiterklasse auf die **sozialistische Umgestaltung des Bildungswesens**. In der allgemeinbildenden Schule ging es darum, Bildung und Erziehung mit der sozialistischen Produktion zu verbinden und alle Schüler mit einer gründlichen polytechnischen Bildung auszurüsten. Entsprechend den gesellschaftlichen Anforderungen wurde im Dezember 1959 damit begonnen, die achtklassigen Grundschulen allmählich in **zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschulen** umzuwandeln. Dazu wurden neue Lehrpläne erarbeitet und eingeführt. Sie sahen unter anderem vor, den Anteil des mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehrstoffes am Gesamtlehrstoff von etwa 30 auf 50 Prozent zu erhöhen.

Dieser Entwicklung entsprechend gab es auch bedeutsame Veränderungen an den **Hochschulen und Universitäten**, durch die den Erfordernissen der sich herausbildenden sozialistischen Gesellschaft Rechnung getragen wurde. Als neue Hauptrichtung erwies sich dabei die Verbindung von Lehre und Forschung an den Hochschulen und Universitäten mit der sozialistischen Praxis in den Betrieben, Genossenschaften, Einrichtungen und Schulen.

Schriftsteller und Künstler wandten sich in diesen Jahren mehr dem neuen Leben und den Problemen des sozialistischen Aufbaus zu. Es

entstand eine breite Massenbewegung des künstlerischen Laienschaffens. Zirkel schreibender Arbeiter und Bauern wurden gegründet. 1959 fanden im Bezirk Halle die ersten Arbeiterfestspiele der DDR statt. An ihnen beteiligten sich 11 000 Laien- und 5 000 Berufskünstler. Ende der fünfziger Jahre erschienen bedeutende literarische Werke, die bei den werktätigen Menschen große Zustimmung fanden. So unter anderem „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz (1958), „Die Entscheidung“ von Anna Seghers (1959) und „Die Bauern von Karvenbruch“ von Benno Voelkner (1959). Eine neue Schriftstellergeneration stellte ihre ersten bedeutenden Werke vor, so zum Beispiel Dieter Noll seinen Roman „Die Abenteuer des Werner Holt“ (1960). Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der Arbeiter-und-Bauern-Macht begann sich eine **sozialistische Kunst** herauszubilden.

- 1. Erläutern Sie, wie die Staatsmacht der DDR in den fünfziger Jahren die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausübte!
- 2. Nennen und bewerten Sie wichtige Maßnahmen, die bis 1960 zur weiteren Festigung der sozialistischen Staatsmacht durchgeführt wurden!